



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/297 - 28. Dezember 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Die Not unserer Alten	S. 1
Die USA an der Jahreswende	S. 3
Wech zum Zerfall der Saar-Koalition	S. 5
Das Gespräch Eßru - Adenauer	S. 6

Die Kulturrechende

3.11. Die Jahresberichte der Ministerien der grossen Wirtschaftsverbände und vieler anderer Organisationen erzählen uns von Wunderleistungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Mit leuchtender Sprache wird dargestellt, wie herrlich alles funktioniert, wie hoch die Umsätze sind und wie gewaltig die technische Leistung ist, die wir in der Bundesrepublik vollbracht haben. Bis in die letzten Einzelheiten gehend stellt man uns dar, wie mächtig wir sind und wie dankbar wir sein müssen, dass uns der liebe Herrgott die Regierung Adenauer beschieden hat.

Gewiss, wir haben Erstaunliches erarbeitet, wir haben seit dem totalen Zusammenbruch dank der Arbeitsleistung von Millionen unserer Mitbürger, dank des Sogs einer guten Weltkonjunktur und dank der jahrelang hindurch gewährten grosszügigen Hilfe aus dem Ausland unsere Wirtschaft wieder funktionsfähig gemacht. Wir hungern nicht, wir können uns verhältnismässig gut kleiden und mancher unter uns konnte auch in eine neue aber sehr teure Wohnung ziehen. Viele von uns haben sich daran gewöhnt, die Bundesrepublik als das christlichste aller christlichen Länder zu betrachten, aber manche haben darüber vergessen, dass diejenigen, deren Arbeitsleistung wir hauptsächlich dem wirtschaftlichen Aufstieg zu verdanken haben, nicht in dem Masse daran beteiligt sind, wie es ihrer Arbeitsleistung entspricht. Hierbei mag es sich um ein gedankliches Versagen handeln, das vielleicht menschlich ist.

Es gibt aber ein Versagen der Verantwortlichen, das wir getrost

als Kulturschande bezeichnen können. Es ist das Versagen der Verantwortlichen gegenüber den alten Menschen unter uns. Auch an diesem Weihnachtsfest hatten sie trotz jahrelanger Versprechungen der Regierung nicht das Bewusstsein, dass man gewillt ist, ihnen einen nach menschlichem Ermessen glücklichen Lebensabend zu sichern.

Unter uns leben einige Millionen Menschen, die nicht nur einen moralischen, sondern auch einen Rechtsanspruch auf die Sicherung ihres Lebensabends haben. Es sind die Alten, die Rentner, kurz, alle diejenigen, die schon lange vor unserer Generation in einem arbeitsreichen Leben das Fundament zu unserem heutigen sogenannten Wohlergehen gelegt haben.

Diese Alten unter uns, ganz gleich ob sie Arbeiter, Bauern, Angestellte, Beamte oder selbständige Gewerbetreibende waren, haben zweimal in ihrem Leben die mühsam zurückgelegten Spargroschen durch Geldentwertungen verloren. Trotzdem haben sie immer wieder neu angefangen. Sie haben durch ihren Fleiss, durch ihre Umsicht und durch ihre Zähigkeit jene Werte geschaffen, die der eine als materielle, der andere als kulturelle Güter der Nation bezeichnen mag. Sie haben die Voraussetzungen für manches geschaffen, was unsere heutige Generation als selbstverständlich betrachtet.

Und wie hat man ihnen das alles gelohnt? Trotz einer funktionierenden Wirtschaft, trotz eines Lebensstandards, der nicht schlecht ist, trotz der Anhäufung von Millionenvermögen - trotz alledem hat es diese Regierung, die sich christlich nennt, nicht fertiggebracht, den Alten unter uns die ihnen schuldige Dankespflicht zu erweisen. Das Problem der Rentenreform ist von den Verantwortlichen, das heisst von der Regierung selbst zum Gegenstand einer hässlichen Diskussion gemacht worden. Mit einem Krämergeist ohnegleichen hat man um jeden Pfennig gefeilscht. Man hat sich hinter formale Ausflüchte verkrochen und grossartig Versprechungen abgegeben. Tatsächlich geschehen ist jedoch so gut wie nichts. Einige Vorschusszahlungen wurden in Aussicht gestellt, einige Versprechungen mehr gegeben - aber das Problem ist ungelöst geblieben.

Wären wir arm, würde es uns allen schlecht gehen, würde die Wirtschaft nicht funktionieren, hätten wir kein "Wirtschaftswunder" zu bestaunen, denn müssten wir schweigen. Denn müssten wir versuchen, jeder von uns, durch freundliche Geschenke deren Los zu verbessern, die nicht mehr arbeiten können.

So wie es jetzt aber ist, sollten wir begreifen, dass in diesem Land das Gespenst der Kulturschande umgeht. Die Regierung eines Volkes, die stolz von sich behauptet, alles bestens geregelt zu haben und die, obwohl sie jahrelang an der Macht ist, nicht fähig und nicht willens war, den Alten unter uns die Dankeschuld unseres Volkes abzutragen, ist reif zum Rücktritt. Sie hat ihre Pflicht nicht erfüllt, sie hat versagt und uns alle - sie ist ja noch die legale Vertretung des Volkes - in die Gefahr gebracht, von der zivilisierten Welt missachtet zu werden.

Amerikanische Friedenshoffnungen und Kriegsängste für 1957

New York, Ende Dezember

Sonnig-friedlich im warmen Licht der internationalen Entspannung, der russischen "Entstalinisierung" und der allgemein-versöhnlichen Koexistenz war die erste Hälfte des Jahres 1956 verlaufen: und kritisch-drohend, mit allen Anzeichen und Begleiterscheinungen einer regulären internationalen Krise, lastete die ganze zweite Hälfte dieses Jahres auf der Menschheit. Das primitive und naive Wort, dass nichts Schwerer zu ertragen sei, als eine Reihe von schönen Tagen, hat sich auf der komplizierten diplomatischen Ebene bestätigt: anscheinend war der relative Frieden der ersten Jahreshälfte, bis zur Beschleppung des Suezkanals durch Ägyptens Diktator Nasser, mehr als wir allesamt vertragen konnten - und musste daher ein böses Ende nehmen ...

Amerika hat auf die beiden schweren parallelen Krisen des Monats November, Ungarn und Ägypten, nicht anders reagiert als Leute anderswo, wenn auch mit gewissen Akzentverschiebungen, die in Europa Kopfstütteln geweckt haben. Es gab in Amerika keine nennenswerten Hamsterkäufe, keine Stürme auf Lebensmittelgeschäfte und keine beträchtlichen Warenmangel und Preissteigerungen; insoweit also hat die geographische Distanz, die die Vereinigten Staaten von den beiden Krisenzentren trennt, doch einen beruhigenden Einfluss gehabt. Nur die Börse bekam einen Nervenschock, die Kriegsangst liess die Börsenkurse ins Bodenlose sinken - und da sie sich noch nicht wieder nennenswert erholt haben, darf man daraus schliessen, dass Börsianer und Spekulanten dem geretteten Frieden immer noch nicht so recht trauen.

Schwächung des Moskauer Bündnissystems

Davon abgesehen aber glaubt eigentlich niemand in Amerika, dass aus diesen beiden Krisenherden Ungarn und Ägypten heraus ein dritter Weltkrieg entstehen könnte: der Mann auf der Strasse erwartet offenbar eine Neubelebung des Kalten Krieges wie in der Ära Stalin, aber keinen "heissen" Krieg. In den ungarischen Ereignissen sieht man, mit Recht oder Unrecht, zunächst einmal eine solche Schwächung des Moskauer Bündnissystems, dass man an eine Lähmung aller russischen Angriffsabsichten, wenigstens in Richtung Europa und auf eine begrenzte Zeit, glaubt; darüber hinaus besteht die allgemeine Ansicht, dass man den ungarischen Volke trotz aller Sympathie im Augenblick nicht viel helfen kann und man sich auf Unterbringung der Flüchtlinge, Geldsammlungen, Rot-Kreuzsendungen und Adoption ungarischer Waisenkinder zu beschränken hat. In dieser Hinsicht tut die amerikanische Öffentlichkeit viel, - mehr als ihre Regierung, deren Flüchtlings-Hilfsaktion nur langsam angelaufen ist und auch heute noch einiges zu wünschen übrig lässt.

Potentielle Kriegsgefahr in Nahost

Den ganzen Monat November hindurch hat man in Amerika - Regierung, Presse und der "Mann auf der Strasse" - die ägyptischen Ereignisse für kritischer gehalten als die in Ungarn; nicht, weil die englisch-französisch-israelische Militäraktion schwerer wiegt als die der Roten Armee in Unarn (das Gegenteil ist der Fall, selbstverständlich), sondern weil die potentiellen Kriegsgefahren, in Form von russischer "Freiwilligen-Intervention, oder russischen Interventionen in Syrien, oder arabischen "Repressalien" gegen Israel oder auch Auseinandersetzungen innerhalb des arabischen Blocks (Irak!) im Mittleren Osten sehr viel grösser sind als irgendwo sonst. Es sind diese potentiellen Gefahren, vor denen Amerika bange ist: potentielle Kriegsgefahren am Gazastreifen, am blockierten Suezkanal, in Nasser's diplomatischem Spiel, in Kozkaus hektischer

Aktivität hinter den Kulissen.

Fraglos hat man im November zunächst einmal im Mittelosten diese Kriegsgefahr bannen und den Frieden retten können. Die Historiker mögen eines Tages einmal darüber streiten, ob wir das dem UNO-Beschluss auf Einsetzung der internationalen Polizei, oder Dag Hammarskjölds vermittelndem Einfluss, oder aber Präsident Eisenhowers kategorischer Erklärung verdanken, dass die russischen "Freiwilligen" am Suezkanal für Amerika untragbar seien - worauf Washington seine Flotte zu mobilisieren begann ...

USA-Prestige gestiegen

Wie dem auch sei, in diesen Augenblick den Frieden zu erhalten, war unbedingt ein gutes Werk: ob r Amerika hat dann verfehlt, diplomatisch nachzustossen und von Wasser, das ohne diese Friedensrettung vermutlich inzwischen längst seine Macht verloren hätte, Sicherheiten und Garantien, z.B. für die künftige internationale Kontrolle über den Suezkanal, zu erlangen. Amerikas einseitige Parteinahme in jenem Augenblick zugunsten Ägyptens hat bekanntlich NATO tief aufgerissen - aber von amerikanischen Standpunkt aus ist es sicherlich begrüßenswert, dass Amerikas Ansehen in der arabisch-asiatischen Welt seither spürbar gestiegen ist, wie sich nicht zuletzt soeben in Nehrus Besuch in Washington gezeigt hat.

Der merkwürdige Akzent der heutigen Jahres-Schlussbilanz der amerikanischen Diplomatie ist also, dass sich in Bezug auf den Mittelosten, auf Asien und das ganze Kolonialproblem eine Art amerikanischer Neutralismus herausbildet - während freilich in Bezug auf Europa Amerika nach wie vor weit entfernt ist, "neutralistisch" im herkömmlichen Sinne zu werden. Staatssekretär Dulles hat ja in den letzten Tagen vor Weihnachten immer wieder laut und deutlich erklärt, dass vorderhand die amerikanischen Truppen in Europa bleiben werden und Amerika an seinen NATO-Pflichten festhält, - ja, dass es eine Verstärkung und einen Ausbau des ganzen NATO-Systems begünstigt. Auf der anderen Seite freilich beginnt sich zweifellos - angespornt von dem zentrifugalen Dea-von-Moskau-Prozess unter den osteuropäischen Satelliten - in der amerikanischen Europa-Politik eine Loslösung von der bisherigen Starrheit der Callic'schen Politik zu zeigen. Allerlei Gerüchte kursieren, die von einer neuen und elastischeren Deutschland-Politik der amerikanischen Regierung wissen wollen: im Zusammenhang mit Versuchen, die östlichen Satelliten von der Ostsee zum Schwarzen Meer aus dem Ostblock auszubrechen und zu neutralisieren, muss ja notwendigerweise auch die Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands - von der Washington letzthin wieder mehr spricht! - in neuem Licht erscheinen.

Neue Vorstellungen und Ideen

Präzisionen lassen sich dazu noch nicht geben: die Dinge fangen gerade erst an, in Fluss zu geraten. Im neuen Jahre aber wird man in Bezug auf Sicherheit, Gleichgewicht und Frieden Europas zweifellos sehr viel hören - und wohl auch einiges, was neu und neuartig ist. Vor billigen und aus der Luft gegriffenen Prophezeiungen soll man sich in solcher Lage besser hüten: nur aufmerksamen den bevorstehenden Entwicklungsgang der amerikanischen Außenpolitik und der amerikanischen öffentlichen Meinung mitzuverfolgen, wird angebracht sein. Es wird auf amerikanischer Seite ein ruhiger und gelassener Denk- und Umformungsprozess werden, ohne Panik und ohne hektische Zuckungen; das amerikanische Volk geht mehrheitlich ruhig und ohne ungebührliche Erhitzung in das neue Jahr, und es scheint das gleiche auch von seiner Regierung zu erwarten.

Beste Lösung: Neuwahlen

G. H. Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Dr. Hubert Ney (CDU) wird, wie er mitteilte, das seit dem Ausscheiden der DPS aus der Regierungskoalition an der Saar von CDU und SPD gebildete Minderheitenkabinett zunächst nicht ergänzen. Bis zur endgültigen Entscheidung wird das verwaiste Innenministerium und der ebenfalls zu besetzende Posten eines Staatssekretärs (Wiederaufbau) von den im Amt verbliebenen Ressortministern mitverwaltet.

Die SPD-Saar ist in dem Kabinett Ney durch ihren Landesvorsitzenden Kurt Conrad (Minister für Arbeit und Wohlfahrt) vertreten. Während die CDU im Augenblick noch der Meinung ist, der SPD zusätzlich nur der Staatssekretär für den Wiederaufbau geben zu können, fordert die SPD-Saar das Innenministerium. Wenn die SPD zu nominieren gedenkt, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Fest steht lediglich, dass Friedrich Regitz, Fraktionssprecher im Saar-Landtag und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Saar, nicht kandidieren will und wird.

Mit 22 von 50 Sitzen verfügt eine allein von CDU und SPD getragene Regierung über keine Mehrheit. Bis sich die Verhältnisse geklärt haben, wird sie aber von der CVP toleriert werden. Dabei lässt sich die SPD nach wie vor von dem Gedanken leiten, dass die Zusammensetzung dieses Landtages nicht den derzeitigen Verhältnissen entspricht, da er nach rein nationalen Gesichtspunkten gewählt worden ist. Schon die Delegierten des SPD-Landesparteitages, deren Aufklärung das von der DPS gepflegte Heiratungsgedankens den über keine ausreichende politische Konzeption verfügenden DPS-Vorsitzenden Dr. Schneider sehr erschreckt hatte, stellte die Forderung nach Neuwahlen auf.

Ein offener Brief des Klerus

Das Ergebnis dieser Überlegungen wird auch vor den in letzter Zeit wieder aufgelebten Fusionsverhandlungen zwischen der CDU und der inzwischen mit dem Zentrum liierten Christlich-Demokratischen Volkspartei des einstigen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann bestätigt werden. Der bis vor kurzem eher lustlos als besonders zielstrebig auftretende Drang zur "Christlichen Einheit", wie die offizielle Sprachregelung heisst, wirkt schwungvoller, nachdem der mit Bonn Kontakt haltende und an der Saar überaus einflussreiche Klerus den Ministerpräsidenten und gleichzeitigen CDU-Vorsitzenden an der Saar, Dr. Ney, in einem von dem CVP-Organ "Saarländische Volkszeitung" abgedruckten "Offenen Brief" moralisch gemahnt hatte. Nicht nur die CDU-Bonn sieht also in Dr. Ney einen künftigen Saboteur der "Einheit". Ganz so einfach aber liegen die Dinge nicht. Während die CVP nämlich um eine Fusion unter "ehrenvoller Bedingungen" nachsucht, d.h. um eine, wenn auch zurückhaltende Losprechung von dem mit Separationgedanken angereicherten, jetzt der Vergangenheit angehörenden deutsch-saarländisch-französischen Sündenfall, weiss man in der CDU-Saar noch nicht, wie sich die denn vollzogene Einigung auf ihre von Abwanderungstendenzen geprägten Fraktionsfreunde auswirken wird, die sich noch nicht damit abfinden konnten, dass zwischen den Lobpreisungen des einstigen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann und denen des noch amtierenden Bundeskanzlers Dr. Adenauer sehr konkrete Parallelen bestanden. Ein Argument, das die CVP denn auch - sehr zum Leidwesen weniger erinnerungsfreudiger CDU-Christen - bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit vorbringt.

Aber auch noch eine andere Überlegung ist schuld daran, dass die

CVP dem Glauben verfallen ist, warten wandle ihre Parteikonstitution zum Guten. Sollte, überlegt man, die 5%-Klausel von dem Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden, dann könnten ein bis zwei CVP-Bundestagsabgeordnete für die CDU-Bonn eine unschätzbare Hilfe sein; wenn nämlich, was auch von der CDU erörtert wird, die SPD bei der Bundestagswahl vor der CDU die Ziellinie passiert.

Abseits von derartigen Überlegungen ist die SPD-Saar entschlossen, keine CDU-CVP-Toleranzklausel zu akzeptieren, welche die Politik des Minderheitenkabinetts ungünstig beeinflussen könnte. Die Lebensdauer des Kabinetts an der Saar wird also auch wesentlich davon abhängen, ob die CVP sachlich für das Gemeinwohl mitarbeitet, oder ihre von der Mehrheit der Saarbevölkerung missbilligte Politik der Vergangenheit rehabilitieren will.

+ + +

Übereinstimmung?

sp. Bundeskanzler Adenauer hat nach seiner 30-Minuten-Unterredung, die er mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru auf dem Flugplatz Düsseldorf-Lothausen hatte, im Rundfunk erklärt: "Ich bin glücklich, dass wir in unseren Ansichten übereinstimmen." Diesen Wortlaut entspricht der offizielle Text, den das Regierungspressecamt auf Anfrage bekannt gibt. Einer beflassenen Presse war das zu wenig; sie berichtete, Adenauer hätte von einer "völligen" Übereinstimmung gesprochen. Nun, der Kanzler selbst war zurückhaltender. Noch zurückhaltender war aber Nehru, der nichts von dieser Übereinstimmung sagte. Es wäre, von ihm aus gesehen, auch eine Art Sylvester-Sensation gewesen, wenn sich zwischen ihm, dem geschworenen Gegner jeder Militärblock-Politik, und Adenauer, dem Vorkämpfer der Westallianz und Schildhalter der NATO-Politik, eine solche - völlige oder nicht völlige - Übereinstimmung gerade in diesen für die Position und Politik der beiden Völker so entscheidenden Punkte ergeben haben sollte. Oder soll und muss man Adenauers Erklärung von der Übereinstimmung seiner Ansichten mit denen Nehrus - da ja eine Änderung der Position des indischen Premiers ausser jeder Überlegung steht - so deuten, dass das Kanzlers Überlegungen, zu seine eigene, von der Schweizer Presse süsslich als elegant bezeichnete Terminologie zu verwenden, "ins Ratschen" gekommen sein sollte?

Seine "sybillinischen" Erklärungen in seiner letzten Bonner Pressekonferenz zum Thema "Ist für die Bundesregierung der Weg über die NATO der einzige zur Wiedervereinigung?" haben diese plötzliche Unklarheit geschaffen, die durch den Düsseldorfser Satz nicht durchsichtiger, sondern nur noch nebliger geworden ist. Immerhin gibt es aber ein Anrecht des deutschen Volkes, über die politischen Absichten seines amtierenden Regierungschefs eindeutig unterrichtet zu werden. Wenn es schon eine "Bewegung" in der internationalen Politik gibt, die sogar die in sieben-jähriger "Konsequenz und Stetigkeit" so peinlich starr gewordene Bonner Aussaupolitik berühren sollte, dann kann sich der Regierungschef nicht so aus der Affäre ziehen wollen, dass er auf der einen Seite weiter den unwandlungsbarren Exponenten der NATO-Politik agiert und auf der anderen Seite "sybillinische" Ja-oder-Nein-Erklärungen abgibt und die "Übereinstimmung mit dem Anti-Block-Politiker" betont.

Das also wird man sehr deutlich und recht bald zu erfahren haben, denn es geht nicht an, dass die Aussaupolitik der Bundesregierung

völlig zwielichtig in das bedeutungsvolle Jahr 1957 hinübergelassen. In dieser Situation ist es auch völlig abwegig, eine neue Legende zu erfinden zu wollen, die den Kanzler sozusagen als "Drucker" der Weltpolitik seinen will, was in jeder Beziehung den Tatsachen widerspricht. So sollte man auch aus der höchst unverbindlichen und auf der Hand liegenden Vereinbarung, auch weiter in Kontakt zu bleiben, keinen "Erfolg" konstruieren, der über die Tatsache hinwegführen soll, dass die Bonner Aussengpolitik mit Erfolgen nicht gesegnet ist. Dabei wird man nicht zu übersehen haben, dass weder in der Erklärung Adenauers noch in der Erklärung Nehru ein Wort über die Wiedervereinigung zu finden ist.

+ + +

Demokratie in Variationen

Ein Heidelberger Universitätsprofessor hat jüngst in einer grossen westdeutschen Zeitung die verschiedenen "Spielarten" oder Sorten der Demokratie aufgezählt, die im Lauf der letzten Jahrzehnte Begriffe geworden und in deutschen Sprachgebrauch heimisch geworden sind.

In seinem "Katalog der Demokratien" nennt er die "Verbände-Demokratie", die "Partei-Demokratie", die "Kanzler-Demokratie", die "Präsident-Demokratie", die "Bourgeois-Demokratie" und die "Gewerkschafts-demokratie". Allen Ernstes nicht er in diesen Auslegungen oder polemischen Kennzeichnungen der Demokratie eine sachlich berechnete Unterscheidung moderner demokratischer Staatsformen, die "nicht unnutzliche" Vorstellungen erwecke, und bekämpft gefahrlos eine gewisse gleichmässige Hochachtung vor der "Kanzler-Demokratie" und der "Bourgeois-Demokratie", von der er meint, dass sie in der Sachfrage des der Londoner britischen Premier bei einem Kabinettswechsel verkörpert sei.

Die Liste der speziellen Demokratien, die der Professor zusammengestellt hat, ist aber keineswegs vollständig. Die heutige hat z.B. die Begriffe der "Mittelstandsdemokratie" und sogar (in Deutschland vor 1935) der "Kittelschichtdemokratie" hervorgebracht, zu denen in Südafrika die von den "apartheid" repräsentierte Demokratie, die "Geheime-Demokratie", in Mittelamerika die "Ein-Mann-Demokratie" hinzukommt, die aus dem Verbot von Gegenkandidaten bei der Präsidentschaftswahl besteht. Schweden hat in Argentinien Peron ebenfalls lange die "justizialistische Demokratie" verwaltet, und sonst gibt es überall auch noch die "Volksdemokratie".

In Entstellungen der Demokratie feiert unsere Zeit Triumphe. Aber auch die "formale Demokratie", die von der seriösen zeitgenössischen Literatur kritisiert wird und unter der man den Erosion demokratischer Institutionen und Spielregeln zu verzeichnen hat, ist mehr eine Aushöhlung als eine Realisierung der Demokratie. Denn diese muss einen sozialen Sinn und Inhalt haben, damit sie nicht der Gleichgültigkeit und der Verfälschung erliegt.

Aus der Schweizer "Gewerkschaftskorrespondenz"

+ - +

Verantwortlich: Peter Ronsau